BERLIN EXTRA

November 82 Nr. 5

Gesamtlösung oder ewiger Häuserkampf?

Chaoten

Am 20. Oktober sagte Bausenator Rastemborski: „Ich nehme mit Genugtuung zur Kenntnis, daß die Neue Heimat und der DGB zur Lösung der Probleme um die besetzten Häuser bereit sind."
26 Häuser sollen in Erbbaurecht einem Trägerverein übertragen werden, der „neue Wohnformen und Wege der kostengünstigen Erneuerung alter Wohngebäude erproben soll". Der Senator ist bereit zuzustimmen. Auch die Besetzer sind bereit, gemeinsam die Verträge abzuschließen.
Das ist der Durchbruch: Nach sieben Monaten zäher Verhandlungen, in denen beide Seiten bis an den Rand ihrer Kompromißfähigkeit gingen, haben Gewerkschaften, Neue Heimat, Besetzer und ihre Paten eine Einigung erzielt. Jetzt müssen nur noch Details geklärt werden.
12 Tage später räumt die Polizei im Auftrag von Innensenator Lummer zwei der Häuser. Der Anlaß ist nicht einmal fadenscheinig, er stellt die Tatsachen auf den Kopf. Neue Heimat und DGB protestieren, Rastemborski gibt sich überrascht. Die Besetzer können es nicht fassen: „Ihr habt uns verarscht!"
Die Neue Heimat und die Gewerkschaften wiegeln ab. „Unsere Glaubwürdigkeit steht auf dem Spiel", sagt IG-Metall-Chef Wagner. Wenn die Besetzer Vorverträge unterschreiben, können sie wieder in die Häuser zurück, sagt die Neue Heimat. Weizsäcker sagt: Das ist die Sache der Neuen Heimat. Nach einer dramatischen Sitzung aller Beteiligten einigt man sich: Morgen werden Vorverträge unterschrieben, dann können die Besetzer zurück. Rastemborski verspricht, die erforderlichen Genehmigungen am nächsten Tag zustande zu bringen. Happy end?
Am nächsten Tag ruft Lummer bei der Neuen Heimat an: „Das ist ein Schlag vor meinen Kopf!" Diepgen sagt: „Die Besetzer dürfen nicht wieder zurück." Rastemborski redet sich heraus.
Wir wissen nicht, wie die Story bis zum Erscheinen dieses Blattes weitergehen wird. Wir wissen auch nicht, wem man da noch etwas glauben soll, wer in diesem Senat was zu sagen und ob nicht morgen die Polizei uns aus einem anderen Haus rausschleppt. Vielleicht handelt es sich um eine „kriminelle Fluchtburg", weil einer zu laut gesagt hat: „Die spinnen da oben!"

Wenn dabei nicht so viel auf dem Spiel stünde, könnte man es für einen Witz halten. Kaum sind sich die Hausbesetzer darüber einig, eine friedliche, vertraglich und finanziell "geordnete" Gesamtlösung für die besetzten Häuser zu aktzeptieren, ist der Senat heillos zerstritten in Verhandler und Nichtverhandler. Gewerkschaften, Parteien, Hauseigentümer und andere staatstragende Institutionen zetern dabei kräftig mit, alle reden von Recht und Ordnung und produzieren stattdessen Chaos.
Aber so komisch ist es eben leider nicht für die, die nicht für schöne Reden bezahlt werden, sondern die Folgen dieses Treibens zu ertragen haben. „Wer A sagt muß auch A machen", sagt Innensenator Lummer, und A steht für diesen Menschen, was die Hausbesetzer betrifft, grundsätzlich für Abräumen. Ganz besonders dann, wennn sein Kollege Rastemborski gerade mal wieder von vertraglichen Lösungen spricht. Dagegen gibt es für die Betroffenen nur ein Erfolgsrezept: Zusammenhalten.
Kein Besetzer erwartet von diesem Senat, daß er mit ihnen Freundschaft schließt. Das wird auch umgekehrt nicht der Fall sein. Aber wenn der Senat es mit seinem Verhandlungswillen ernst meint, den er fast täglich im Munde führt, muß man verlangen können, daß er die Geschäftsgrundlage einhält.
Stattdesssen wurden die Besetzer immer wieder verarscht; dafür stehen schon die Beispiele der Räumungen in der Reuterstraße in Neukölln ebenso wie die Gotenstraße in Schöneberg (s.S.2).
Indem er nicht nur die Besetzer selbst, sondern anscheinend sogar den Eigentümer der Häuser hinters Licht führte, hat der Senat bei der Räumung der kurz vor Vertragsabschluß stehenden Häuser in der Maaßenstr. 11 und 13 jetzt den Gipfel seiner "Bereitschaft zu friedlichen Lösungen" erreicht.
Es gibt nicht nur für Bundeskanzler eine Grenze der Selbstachtung, sondern auch für Besetzer und all diejenigen, die sich (ohne dafür Posten und Steuergelder zu kassieren) in monatelanger Kleinarbeit um konstruktive, politisch und finanziell sinnvolle Lösungen bemüht haben. Die Besetzer und ihre Unterstützer haben ein faires Angebot gemacht: Eine „Gesamtlösung als Summe aller Einzellösungen", die Bausenator Rastemborski und der Bauausschuß des Abgeordnetenhauses gefordert hatten, ist heute ohne weitere Räumungen, Hinhaltereien, Betrügereien und aufgeblasenes Kriminalitäts-Geschwätz realisierbar. Es liegt am Senat, einen halbwegs fairen Frieden mit den Besetzern zustande zu bringen oder aber auf seinen Gewaltlösungen weiterzubestehen und uns in eine Zukunft ohne Verträge zu treiben mit all ihren Konsequenzen, die wir nicht wollen.

Es gibt in dieser Stadt längst wichtigeres als den nervenzermürbenden Kleinkrieg um ein paar besetzte Häuser: Jeder zehnte Berliner ist arbeitslos, bei den Jugendlichen beträgt die Arbeitslosigkeit jetzt schon über 13 %. Gleichzeitig wird gerade auf Kosten derer, die am beschissensten dran sind, die Unternehmerpolitik der CDU finanziert. Was ist der Leerstand, der im Zuge der Besetzungen reduziert wurde, gegen die Mietexplosion, die in den nächsten Jahren auf alle zukommt, auch die, denen heute nichts Dümmeres einfällt, als zu behaupten, die Besetzer wollten ja nur keine Miete zahlen? „No future" ist nicht die Erfindung von ein paar Punks, sondern das Projekt ganz anderer Chaoten.

Grund genug, gerade für die Gewerkschaften, den leidigen Konflikt um die besetzten Häuser mit und nicht gegen die Besetzer und die, die zu ihnen halten, anständig zu Ende zu bringen. Auf eins jedenfalls könnt ihr euch verlassen: WIR werden zusammenhalten, so oder so.

rhandeln — räumen — verhandeln — räumen — verhande

Der Vorwand

Die Ergebnisse der Ermittlungen in der Maaßenstr.

Den Trick kennt ja wohl jeder: Klaut einer ne Handtasche und schreit ganz laut: »Haltet den Dieb«, nutzt die allgemeine Verwirrung für sich aus ... Daß dieser Gag auch von Leuten in unserer Stadt angewandt wird, von denen man es nicht erwartet, wie Innensenator Lummer, ist zwar so neu nicht, aber diesmal ist es zu offensichtlich ...
»Wir, die Besetzer der Maaßenstr. 13 nahmen am 29. 10. einen Typ auf, der eine Übernachtungsmöglichkeit suchte. Zwei Tage später entwendete er einem Mitbewohner 50 Mark, was er - zur Rede gestellt - zugab. Außerdem wurden in seinem Gepäck Kleidungsstücke und eine Mundharmonika von uns gefunden. Er erklärte sich bereit, das Geld wieder zu besorgen. Als Pfand behielten wir solange seine Sachen. Aus dem Haus trat er die Tür unseres Galeriecafes ein. Er wurde daraufhin verfolgt, entkam jedoch. Einige Stunden später erfolgte die Räumung anläßlich einer Anzeige wegen gefährlicher Körperverletzung und Diebstahls." Soweit die Erklärung der Besetzer.
Bei der Polizei trafen sich Besetzer und der Dieb wieder, woraufhin dieser angeblich die Polizei fragte: »Sie haben mir doch versprochen, daß ich mit diesen Leuten nicht mehr zusammentreffe.« Die Vermutung der Besetzer, einem Provokateur aufgesessen zu sein, liegt nahe. Sie stellten Strafantrag wegen Verleumdung und Diebstahl. Selbst der Senat war sich später etwas unsicher, denn ein Sprecher der Justizverwaltung hatte gesagt, er wüßte nicht, gegen wen er jetzt eigentlich die Ermittlungen führen solle ...

Die Räumung bezeichneten die Besetzer aber nur als "Finale Grande" einer

Schritt für Schritt vorbereiteten Kriminalisierungs-Kampagne. Acht Mal sei die Maaßenstraße »Ziel von Durchsuchungen und Ermittlungen« gewesen, lautete die polizeiliche Version. Innerhalb von fünf Durchsuchungen des Häuserkomplexes, während derer beide Häuser teilweise gleichzeitig »heimgesucht« worden waren, wurde, so die Besetzer, die jetzt erfolgte Räumung systematisch vorbereitet. Angefangen hat die Kampagne während des »Lappen-Krieges« vor und während des Reagan-Besuches. Während der ersten Durchsuchungen im Juni wurden »beleidigende« Transparente und Bettlaken (»Reagan piss of«) beschlagnahmt, auch die letzte Durchsuchung im September lautete auf »Verleumdung« und »Lummer-Beleidigung« ein Plakat (Kriminelle Fluchtburg) wurde abgerissen.
§ 14 ASOG
Allgemeine Befugnisse:
Die zuständige Behörde (in diesem Fall die Polizei) kann die notwendigen Maßnahmen treffen, um eine im einzelnen Falle bestehende Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren, soweit nicht die §§ 15-29 ihre Befugnisse besonders regeln.
Zum zweiten Mal wurde die Maaßenstraße während der Reagan-Demo am 11.6. durchsucht, angeblich, weil die Haustüren vor flüchtenden Demonstranten, die sich den knüppelnden Ordnungsmächten entziehen wollten, nicht verschlossen wurden. »Straftäter« wurden keine entdeckt, stattdessen fehlten anschließend Geld und ein Fotoapparat. Verdacht auf Stromklau lautete die Begründung für die dritte Durchsuchung in der Maaßenstraße 11. Ohne Durchsuchungsbefehl wurde die Maaßenstraße 13 gleich mitdurchsucht, obwohl Strom und Gas angemeldet waren. Anlaß für die vierte Durchsuchung war ein »Verdacht auf illegalen Funkverkehr«. Statt einer nicht aufzufindenden Funkanlage wurde ersatzweise ein Verkehrsschild, ein Einkaufswagen und mehrere Mercedessterne beschlagnahmt.

Die aus den geschilderten Ergebnissen der polizeilichen Ermittlungen ersichtliche kriminelle Energie der Bewohner der Maaßenstr. 13 unterscheidet sich nicht wesentlich von der, die man in jedem normalen Mietshaus vorfindet. Bestraft werden soll auch nicht die Kriminalität der Besetzer, sondern ihr Mut, sich auch dann noch politisch zu äußern, wenn so jemand wie Herr Lummer die Kritik an seiner politischen Richtung zur Straftat macht.

Ihr Pech war nur, daß sie nicht so skrupellos vorgehen konnten, wie die Verantwortlichen der NH, die mit Sanierungsbetrug Millionen auf die Seite schafften.

Falschspieler

Erst im Anschluß an eine Hausdurchsuchung sei die Räumung der besetzten Häuser Maaßenstraße 11 und 13 von der Polizei vor Ort „zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" entschieden worden, behauptete am vergangenen Montag der Senat. Stück für Stück stellte sich jedoch heraus, daß Innensenator Lummer die Räumung von langer Hand vorbereitet hatte. Sowohl der Bausenator als auch die "Neue Heimat", die sich hinterher überrascht gaben, waren lange im Voraus informiert.

„Die zuständige Behörde kann die notwendigen Maßnahmen treffen, um eine im einzelnen Falle bestehende Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren". So lautet der § 14 des "Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes", nach dem die Räumung von der Polizei durchgeführt wurde, weil die "Neue Heimat" keinen Strafantrag gegen die Besetzer stellen wollte. Dieses Gesetz darf sie nur in einer aktuellen Notsituation anwenden. Aktuell?
• Bereits bevor die Anzeige überhaupt gestellt worden war, die die Polizei zum Anlaß der Durchsuchung nahm, erschien ein Vertreter des Innensenats bei der Neuen Heimat und bereitete sie auf bevorstehende Räumungen vor. Dies hat der Senat mittlerweile bestätigt.
• Vor Beginn der Polizeiaktion rief Lummer bei der Neuen Heimat an uns sagte: „Es ist soweit".
• Noch während die Durchsuchung lief, als deren folge die Polizei angeblich spontan räumte, gründete Innensenator Lummer bereits vor der Presse die Räumung des Hauses. Über das Ergebnis der Durchsuchung konnte er noch gar nicht informiert gewesen sein. „Dies ist nur eine Durchsuchung" sagte zur gleichen Zeit noch die Polizei vor Ort den Besetzern und der Presse. Schlecht abgesprochen, Herr Lummer.

So wird man kriminell

Zum Beispiel:

„Wir wollen eine friedliche Lösung — Lummer will die Endlösung" schrieben die Besetzer der Potsdamer Straße 157 auf ein Transparent und hängten es am Donnerstag aus dem Fenster. Wenige Stunden darauf wurde das Haus von einem riesigen Polizeiaufgebot durchsucht.
Die Personalien sämtlicher Besetzer wurden festgestellt und das Transparent beschlagnahmt — wegen "Beleidigung". So einfach werden "Kriminelle Fluchtburgen", "Straftäter" und Durchsuchungslisten produziert.
In dem gleichen Haus hatten im Juni bei einer Durchsuchung Polizisten eine Kamera gestohlen. Im ganzen Haus waren nach der Durchsuchung die Zimmer verwüstet und ein Sachschaden von mehr als 20.000 DM entstanden.

• „Der Bausenator war bereits frühzeitig informiert und hat die Entscheidung voll mitgetragen" sagte Senatssprecher Ade am Dienstag. Wie konnte er eine Entscheidung mittragen, die die Polizei angeblich noch gar nicht gefällt hatte?

Peinlich, peinlich. Aber niemand behauptet selbstverständlich, daß Herr Lummer ein Lügner ist. Denn dies wäre eine kriminelle Beleidigung.

Verhandlungen am Ende

Die erste Aufsichtsratssitzung des gerade gegründeten Sanierungsträgers in Selbsthilfe ("Netzbau") wurde durch die Räumung der Häuser Maaßenstr. 11 und 13 wahrscheinlich auch zur letzten.
Netzbau, eigentlich zur Übernahme eines Teils der besetzten Häuser gedacht, hatte schon am Dienstag zusammen mit den anderen Selbsthife-Trägern erklärt, daß man nicht über Häuser verhandeln könne, die es vielleicht am nächsten Tag schon nicht mehr gebe und einen Verhandlungsstop erklärt. Die Hinhaltetaktik des Senats bei den Gesprächen über die Rückgabe der beiden am Montag geräumten Häuser veranlaßte nun den aus Vertretern des "Netzwerk Selbsthilfe", verschiedener Kirchengemeinden und der betroffenen Mieter und Besetzer bestehenden Aufsichtsrat kategorisch die Herausgabe der Schlüssel der beiden Häuser bei gleichzeitiger Unterzeichnung des längst ausgehandelten Vertrages zu fordern. Abschließend heißt es in der zu diesem Anlaß verfaßten Presseerklärung: „Es liegt nun an den übrigen Beteiligten, die vielen Versprechungen wahrzumachen oder aber zu erklären, ob statt des Bausenators nun der Innensenator die Richtlinien der Baupolitik bestimmt".

Gotenstr. 19: Der Eigentümer hat immer Recht!

Am 28. September ließ Räumungssenator Lummer in der Gotenstr. 19 ein Exempel statuieren: Ein Haus, daß keine Schlagzeilen machte, das in Lummers obsukrer Liste "krimineller Fluchtburgen" niemals auftauchte.
Seit Monaten liefen zwischen Instandbesetzern, Paten, Eigentümern, Bezirksamt und Senat Verhandlungen über einen Gesamtmietvertrag, deren positiver Abschluß nunmehr in greifbarer Nähe schien.
Inzwischen hatten die Instandbesetzer mit fachlicher Unterstützung notwendige Instandsetzungs- und Renovierungsarbeiten im Werte zwischen 60.000,- und 100.000,- DM ausgeführt, die der Kaputtbesitzer seit Jahrzehnten unterlassen hat.
Am Nachmittag des 28.9. sollte bei Bausenator Rastemborski eine weitere Verhandlungsrunde stattfinden, von der allerseits eine positive Weiterentwicklung erwartet wurde.
Im Morgengrauen jedoch fuhren 10 Mannschaftswagen auf: Unter fadenscheinigem Vorwand führte die Polizei eine Durchsuchung der instandbesetzten Wohnungen durch. Zwar förderte diese Aktion nichts kriminelles zutage, aber dem Kaputtbesitzer Maire gab sie die Möglichkeit, mit einem Rollkommando seinerseits das Haus zu besetzen und in eine Festung zu verwandeln.
Nicht nur den Instandbesetzern wurde der Zugriff zu ihrer Habe gewaltsam verwehrt, auch die Mieter des Hauses durften ihre Wohnungen nicht betreten.
Eine vermietete Wohnung ließ Maire widerrechtlich in Abwesenheit der Mieterin aufbrechen und ihre Habe auf den Hof werfen, um hier seinen "Befehlsbunker" zu errichten.
Einzelnen Mietern drohte der Herr Eigentümer die fristlose Kündigung an, da sie offen Sympathie für die Instandbesetzer zeigten, auf der Einhaltung ihrer Mietrechte bestanden und sich nicht von seiner Leibgarde terrorisieren lassen wollten.
Erst nach 2 1/2 Wochen durften die Instandbesetzer erstmals an ihre persönliche Habe heran, die sie für die Versorgung der Kleinkinder, für die Ausübung von Beruf und Studium benötigten.
Ohne die solidarische Hilfe zahlreicher Mieter aus dem Kiez, die mit Geld, Kleidung, Verpflegung und Unterkunft Hilfe leisteten, hätte sich die katastrophale Situation der nunmehr obdachlosen Instandbesetzer enorm verschärft.
Seit der mit Lummer abgekarteten Wildwest-Aktion des Eigentümers stehen nun wiederum 26 Wohnungen leer. Die angeblich seit Monaten geplanten Modernisierungs- und Instandsetzungsarbeiten sind noch lange nicht in Sicht.
Im Zusammenspiel mit den Wohnraumspekulanten hat Lummer einen Ausweg aus den "Fesseln" der sogenannten Berliner Linie vorgezeichnet, von der er und seine Amtsbrüder so gerne redet:
Weder die Verträge über Modernisierung bzw. Instandsetzung sind bislang von Kaputtbesitzer Maire unterzeichnet, noch ist die Finanzierung geklärt.
Es lag weder ein Strafantrag noch ein Räumungsbegehren vor, im Gegenteil, die Verhandlungen über einen Gesamtmietvertrag befanden sich im fortgeschrittenen Stadium.
Händereibend kann sich der CDU-Senat aus der Affäre ziehen: Nicht seine Polizei hat geräumt ... Eine Wiederinbesitznahme von Wohnungen jedoch ließ Lummer als "Neubesetzung" werten. Prompt erfolgte die polizeiliche Räumung.
Allen Häuserspekulanten hat der CDU-Senat damit, jenseits aller politischen Beteuerungen, einen Weg gewiesen, positive Lösungen zu verhindern.

Berlin ist weiterhin ein erstklassiges Spekulationsprojekt — die Frage ist:

WAS HAT DIE HAUSBESETZERBEWEGUNG FÜR DIE BERLINER MIETER GEBRACHT?

Neulich komme ich am Bahnhof Zoo vorbei, gerade zu der Zeit, wo die Samstag-Abend **Schlange der Wohnungssuchenden** auf die Morgenpost mit ihren Wohnungsangeboten wartet und immer länger wird. Neben mir sagt ein Mann:
„Das sind die, denen die Hausbesetzer die Wohnungen weggenommen haben!" Irrtum, denn es ist gerade umgekehrt:
Tatsache ist, daß die Besetzer durch ihren persönlichen Einsatz und allen Diffamierungen zum Trotz mindestens **1500 Wohnungen** in dieser Stadt vor der Zerstörung und unbezahlbarer Luxusmodernisierung **gerettet haben.**
Noch einige andere, für eine Reihe von Mietern konkret spürbare **Verbesserungen** haben die Hausbesetzungen gebracht:

Der Senat und die Baugesellschaften sind gezwungen worden, eine Reihe von leerstehenden Wohnungen wieder instandzusetzen und zu vermieten. Ein Programm zur Förderung der **Instandsetzung** wurde eingerichtet. Viele Wohnungen, für die eigentlich eine teure Modernisierung geplant war, werden nun instandgesetzt und behalten erträgliche Mieten. Die Bewohner können in den Wohnungen bleiben.
Überhaupt trauen sich Senat und Eigentümer nicht mehr ganz so ruppig mit den Mietern umzuspringen und sie wie auf dem Schachbrett von Wohnung zu Wohnung zu verschieben. Die Politik des **Leerstands** auf Vorrat ist wenigstens etwas ins Stoppen geraten.

Ein paar Erfolge also! Doch — machen wir uns nichts vor — die Stoßrichtung der Wohnungspolitik ist kein bißchen verändert worden. Das Hauptziel heißt nach wie vor: Macht die Wohnungen so teuer wie nur möglich! Zieht den Mietern so viel Geld aus der Tasche wie's irgend geht! Wandelt möglichst viel in Eigentumswohnungen um, denn Wohnungseigentümer sind bessere Menschen als Mieter, weil man ihnen mehr Geld abknöpfen kann!

Überall schnüffeln die Abschreibungsspekulanten in den Stadtvierteln rum und krallen sich die Häuser, aus denen sie durch Modernisierung und Eigentumsumwandlung noch mehr Geld rausschlagen können. Und das wird in den nächsten Jahren noch schlimmer werden. Denn die Hausbesitzer sagen sich: wenn wir an der Mietpreisbindung nicht genug verdienen, dann eben an der Luxusmodernisierung und der Umwandlung.

Das schlimmste ist, daß die Regierung in Bonn und unser Senat in Berlin nichts dagegen unternehmen, sondern alles auch noch durch **Steuergeschenke** unterstützen. Wenn auch überall die Arbeitslosigkeit zunimmt: das Gewerbe der Spekulanten und Abschreibungsjobber blüht und gedeiht!
So werden die Berliner gleich doppelt betrogen, weil es sich mit Berliner Wohnungen besonders gut spekulieren und Steuern sparen läßt:

Arbeitslosengeld, Sozialversicherung, Renten, Wohngeld, Kindergeld: überall wird gestrichen, wo es die Leute mit geringem Einkommen trifft!

Zur Rechtfertigung wird immer gesagt: Aber wir brauchen diese Spekulanten doch, sie bringen **Kapital und Arbeitsplätze** nach Berlin!

Doch alle Experten wissen, daß dies eine glatte Lüge ist, denn bei diesem Geschäft wird gerade soviel Geld verspekuliert, daß für Investitionen und Arbeitsplätze nicht mehr viel übrig bleibt.

Die Wohnungsbauexperten haben es ausgerechnet: Für **eine** in Berlin neu gebaute Sozialwohnung gibt der Staat soviel Geld, daß davon **zwei** gebaut werden könnten. Das sogenannte "westdeutsche Kapital", das nach Berlin gelockt werden soll, sind nämlich praktisch Steuergelder, die der Staat den betuchten Ärzten, Rechtsanwälten, Architekten usw. schenkt. Würde Bonn dafür sorgen, daß diese Leute ihre Steuern ordentlich abführen, so könnten allein in Berlin doppelt soviele Wohnungen öffentlich gefördert werden wie zur Zeit. Wohnungen, die auch noch bezahlbar wären!

AEG - Brunnenstraße — eine kriminelle Fluchtburg?

Als die drohende Arbeitsplatzvernichtung bei der AEG im Abgeordnetenhaus zur Debatte stand, ließ der Herr Senator Heinrich Jodokus L. die Polizei in Alarmstufe 1 versetzen - diese Ehre tat er den Indstandbesetzern bisher noch nie an. — Die anwesenden AEG-Arbeiter wurden auch flugs per uniformierter Staatsgewalt aus dem Rathaus entfernt, als sie die Jacken und Pullover ablegten. Warum?
Auf den nun sichtbaren T-Shirts stand deutlich lesbar, was sie wollen: Sicherung der Arbeitsplätze! Die AEG Brunnenstraße soll dicht gemacht, die Maschinen in die BRD und nach Spanien verlagert werden.

Und so verwundert es ganz sicher nicht, daß die Arbeiter der AEG Brunnenstraße seit einiger Zeit darüber diskutieren, ob sie nicht den Betrieb besetzen sollten, um die Verlagerung zu verhindern, ihre Maschinen und damit ihre Arbeitsplätze zu verteidigen.
Horst Wagner, 1. Bevollmöchtigter der IG Metall, sagte den Kollegen am 30.9.82 in der Deutschlandhalle öffentlich die Unterstützung der IG Metall dabei zu.
Mal sehen, ob Heinrich Jodokus L. die AEG Brunnenstraße bald zur kriminellen Fluchtburg erklärt ...

ANZEIGE:

Die Fraktion der AL lädt zu einer Veranstaltung unter dem Thema: »Vertragliche Lösungen - Schlüssel-Übergabe oder Ende der Verhandlungen«. Eingeladen sind als Diskussionsteilnehmer von der SPD Dr. Vogel, der Bausenator Rastemborski, Netzbau sowie Vertreter der Neuen Heimat sowie Baustadtrat Kunkel und Manfred Rabbatsch AL.Heute, 5.11., 18.30h im Audimax der Technischen Universität.

Um was verhandeln die Besetzer?

„Die wollen doch nur umsonst wohnen!"

Wer hat diesen Spruch über Instandbesetzer noch nicht gehört oder von sich gegeben? Umsonst wohnen, nichts arbeiten, Geld vom Sozialamt — stimmt das? Und dann wollen die Besetzer ihre Häuser noch vom Staat geschenkt haben und werden so zu neuen Großgrundbesitzern! Das behauptet zum Beispiel Günter Elsner, Kreuzberger Abgeordneter der CDU. „Netzbau", „FSW", „Basis", „SHIK" (siehe unten) — kuriose Trägerkonstruktionen, um denen, die „am lautesten schreien" (so Elsner), den Rachen mit Steuergeldern zu stopfen? So und ähnlich liest der Berliner, die Berlinerin, es jede Woche in der Morgenpost.
Das einzige, was an Springers, Elsners oder Lummers Verleumdungen richtig ist, ist, daß sie sich mit den Vorschlägen der Besetzer und ihrer Unterstützer beschäftigen. Nur Ernsthaftigkeit wäre angebracht, weil da braut sich was zusammen, das ist nicht ohne.
Wer über die Mauer, deutsche Grenzen gar, hinausblickt, der entdeckt in England, Amsterdam oder New York genau die unerhörten Dinge, die jetzt auch in Berlin eingeführt werden sollen. Sogar in den „Goldenen 20ern" soll es solches gegeben haben: Selbsthilfe bei Erhalt alter Stadtquartiere und preiswerten Wohnraums, Wohnungsbau durch die späteren Bewohner und ihre Genossenschaften.

Aber beschränken wir uns auf Berlin.
Spätestens der 22. September 1981 öffnete den Besetzern, Paten und vielen Mieterorganisationen die Augen. Die damals noch rund 150 besetzten Häuser würden sich nur gegen die Räumungsstrategie des CDU-Senats verteidigen lassen, wenn die Besetzer sich in Organisationen für die Instandsetzung und Bewirtschaftung der Häuser in Selbsthilfe zusammenschließen.
Ein Jahr lang wurden neben den üblichen Arbeiten an den Häusern und in den Wohnungen Genossenschaftssatzungen diskutiert, Bewohner- und Hausvereine gegründet, Finanzierungsmöglichkeiten überlegt, mit Experten gesprochen, ein Paragraphendschungel durchwühlt. Einiges war bald klar:

- Abkaufen konnte und wollte man die Häuser nicht. Für die völlig überhöhten Spekulationspreise können die Besetzer nichts, sondern dafür ist die Wohnungspolitik verantwortlich. Nur in Ausnahmefällen war die Übernahme besetzter Häuser in Besetzers Privateigentum denkbar. Einzige Alternative: der Senat kauft auf und stellt die Häuser für Instandsetzung und Drin-Wohnen zur Verfügung. Eine unverschämte Forderung? Nein, ganz üblich, aber dazu später.
- Mit den besetzten Häusern darf nie wieder spekuliert werden, daher Gemeinschaftseigentum an Stelle von Privateigentum. Daher die Bewohnervereine und deren Zusammenschluß in sogenannten „Trägern".
- Die „Träger" sind nötig, um die Häuser von den Spekulanten oder Wohnungsbaugesellschaften übernehmen zu können, sie zu bewirtschaften und ihre Instandsetzung zu organisieren. In den Trägern arbeiten etwa ein halbes Dutzend angestellte Fachleute (Architekt, Kaufmann, Jurist, Stadtplaner) von außen oder aus den Häusern. Sie entwerfen Verträge, besorgen und vergeben Förderungsgelder, regeln die Handwerkeraufträge oder koordinieren die Instandsetzungsarbeiten.
- Die im Laufe eines Jahres gegründeten Träger heißen „Netzbau", „Verein zur Förderung selbstverwalteten Wohnens" (FSW), S.H.I.K. (Selbstverwaltete Häuser in Kreuzberg) usw. Ein halbes Dutzend Träger stehen Dutzende von inzwischen eingetragenen Hausvereinen gegenüber. Echt deutsch — oder?

Wenn die Häuser mal fertig sind, wohnt sich's nicht umsonst, leider. Aber wer kann das schon. Mancher Ex-Besetzer dürfte dann vielleicht sogar mehr zahlen als in einer Mietwohnung. Ganz abgesehen davon ,daß wohl fast alle Besetzer heute schon kräftig abdrücken: alte Häuser besetzen, renovieren und reparieren ist teuer.
Mehrere Millionen sind die Arbeiten wert, die Besetzer bis heute schon in ihren Häusern erledigten!
Hand auf's Herz. Würden Sie als Altbaumieter 3 Mark Kaltmiete pro Quadratmeter zahlen, wenn Sie vorher ihre Wohnung zu einer bewohnbaren Behausung hätten machen müssen?
„Und was kriegen die Besetzer nun?" fragt der mißtrauische Bürger.
Gehen wir mal vom Maximum aus: das Haus ist noch gut in Schuß, das Grundstück gut vollgebaut, die Senatsbürokratie konnte sich über eine Förderung einigen und finanzierte irgendwie den Grunderwerb mit.
Dann bekommt die Selbsthilfegruppe aus Ex-Besetzern und dazukommenden Neubewohnern (vielleicht eine kinderreiche Familie oder eine alleinerziehende Mutter, die sich nicht getraut hatten mitzubesetzen) maximal 800,– DM / m² an Instandsetzungsförderung, ein Drittel von dem, was Wohnungsbaugesellschaften an direkter Subvention erhalten. (Dafür gibt es seit diesem Jahr ein Selbsthilfe-Förderprogramm beim Bausenator, das an Selbsthilfegruppen, dann auch Ex-Besetzer vergeben wird). Mindestens 15 % der Bausumme müssen in Eigenarbeit erbracht werden. Oft wird es an die Belastungsgrenze führen, wenn gar 30 % oder mehr Eigenarbeit sich als nötig herausstellen.
Und das Grundstück. Das wird vom Senat nicht verschenkt, sondern verpachtet. Erbpachtzinsen müssen gezahlt werden, deren Höhe sich nach Grundstücksgröße und Verkehrswert richtet. Und am Ende sind die üblichen Gebühren für Müllabfuhr, Wasser oder Versicherungen nicht zu vergessen.
Alles in allem keine mühelose oder billige Angelegenheit. Warum die das dann machen?
Es hat auch Vorteile: selbstbestimmtes Wohnen in selbstverwalteten Räumen, keine Vereinzelung im Massenwohnungsbau, sondern gemeinsames Leben und Arbeiten, eine auf Jahre sichere Miete und Schutz vor Vermieterwillkür, Weißem Kreis und Eigentumsumwandlung. Für manchen Jugendlichen darüberhinaus gleichzeitg Arbeits- oder Ausbildungsplatz bei der Herrichtung des eigenen Hauses.

Raten Sie mal ...

welche Partei mit dem Folgenden ihr Herz für den Jugendprotest entdeckt!

Die .... wendet sich mit den folgenden Leitgedanken besonders an die jungen Menschen in unserer Gesellschaft. Sie haben neue Fragen und neue Vorstellungen in die Politik eingebracht. Für einige Fehlentwicklungen und Probleme, wie z.B. den Erhalt einer lebenswerten Umwelt in Natur und Stadtentwicklung verfügen sie offensichtlich über mehr Sensibilität und Konsequenz als die Alten. Es waren zunächst die Jungen, die sich angesichts der wachsenden Bedrohung des Friedens entrüsteten. Es sind junge Leute, die einer anonymen Beton- und Plastikwelt durch neue Formen des Zusammenlebens zu entkommen versuchen. Wenn junge Menschen in ihrem Alltag nur noch wenig Möglichkeiten sehen, sich wirklich für Veränderungen in der Gesellschaft einsetzen zu können, dann kann darüber nicht zur Tagesordnung übergegangen werden.

Viele politisch aktive und bewußte Jugendliche lehnen zwar für sie selbst Gewaltanwendung ab, begegnen aber Gesetzesbrüchen anderer mit einem gewissen Verständnis. Sie machen damit wie die Spitze eines Eisberges eine Stimmung sichtbar, die große Teile ihrer Generation erfaßt hat. Gewalt ist oft ein Zeichen von Hilflosigkeit, eine Flucht in den Rausch der Aktion, weniger ein Zeichen bewußter, brutaler Konfrontation. Wo es heute Jugendprotest gibt, sind seine Äußerungsformen generationsbedingt, nicht aber das Unbehagen, das ihn trägt, nicht die gesellschaftliche Fehlentwicklung, die ihn verursacht. Die Aufzehrung natürlicher Lebensgrundlagen, Arbeitslosigkeit, Isolation und Angst, mangelndes Vertrauen in demokratische Institutionen: dies alles sind gesamtgesellschaftliche Problemstellungen, die von Parteien auch angegangen werden müßten, wenn es die Protestler und Aussteiger nicht gäbe.

Auflösung: Richtig, das ist der Entwurf der Kommission „Gespräch mit der Jugend" für einen Entschließungsantrag zum 67. Landesparteitag der CDU zum Thema „Jugend in Berlin" am 20.11.1982.

Zitat

„Mich wundert es, wenn immer davon gesprochen wird, wieviel Geduld die Politiker dieser Stadt mit den Hausbesetzern haben, verwunderlicher ist doch, wieviel Geduld die Instandbesetzer und Bürger mit diesen Politikern haben."

Das Mass ist voll!
6 Räumungen in 14 Tagen!!

Mit gezielten Lügenkampagnen von Senat und Springerpresse werden besetzte Häuser diffamiert, kriminalisiert und geräumt.
Absehbare Verhandlungslösungen sollen so sabotiert werden.
Es gibt keine friedliche Lösung, wenn weiter geräumt wird!!!

Zukunft ohne Verträge ?

Unsere erste Forderung:

Schlüssel her für die Maassenstr.11 und 13! Diese Räumung bricht klare Zusagen von Senat und Neue Heimat!

Aber auch, wenn die Besetzerinnen und Besetzer wieder in ihren Häusern sind, hat sich grundlegend noch nichts geändert: Noch immer gibt es keine Entscheidung von Senat und Eigentümern für die Gesamtlösung! Im Gegenteil: Offenbar sollen Vertragsangebote dazu mißbraucht werden, die Räumungsstrategie des Senats zu verschleiern.

Wir fordern nach wie vor:

- Legalisierung und Duldung aller instandbesetzten Häuser!
- Anerkennung und Förderung der Selbsthilfe-Träger wie Netzbau, S.H.I.K., AAS, BASIS usw. und Respektierung der Nichtverhandler (-innen).

Die Politik des CDU-Senats spüren in Berlin keineswegs nur die Instandbesetzer(-innen).

- Weißer Kreis, Mietenexplosionen, Eigentumsumwandlung
- AEG-Brunnenstraße vor der Schließung
- 20.000 Jugendliche ohne Arbeit oder Ausbildungsplatz
- Insgesamt 70.000 Arbeitslose in der Stadt
- Schulen, Krankenhäuser, Kitas und Universitäten durch Kürzungen bedroht
- Sozialabbau an allen Ecken.

Hausbesetzungen sind ein Beispiel dafür, daß Widerstand sich lohnen kann. Deshalb will der Senat damit aufräumen. Die nächsten Räumungen sind schon vorbereitet: bei der Limastraße hat der Senat sich schon entschieden.

Unser Widerstand ist nicht gebrochen!
Lummers Krawall-Linie muß gestoppt werden!

Wir rufen auf zur Großdemonstration

der Instandbesetzer und ihrer Unterstützer

Samstag, 6.November, 14.30 Uhr

vom Kleistpark über Bülowstraße, Ku'damm zum Olivaer Platz

Laßt Eurer Phantasie freien Lauf, damit's eine Pfunds-Demo wird!

Alternative Liste, AStA FU, AStA TU, Berliner Mietergemeinschaft, Besetzerrat Kreuzberg, Berliner Kollektivbetriebe, Ermittlungsausschuß, Judos, Patentreff, SEW (Schöneberg), Anti-AKW-Gruppen, Autome Sanitätergruppe, BI Pohlstraße, BI Kurfürstenstraße, Mieterinitiative Nolizie, KBW, und viele andere, die sich erst nach Redaktionsschluß entscheiden...

Seit mehr als einem Jahr lebte die Gruppe relativ kontinuierlich und geschlossen in der Maaßenstraße 13 zusammen. Was alles an Lebenszusammenhängen durch die Räumung zerstört und zerrissen wurde, ist kaum abzusehen. „Das ist fast alles, der ganze Lebensbereich, die Gemeinschaft, die man in der Form nicht mehr zusammenhalten kann. Man ist einfach weg, weg von dem Platz, vom Kiez, wenn Du so willst, weg vom Fenster, weg von den Stukturen im Haus und drumherum. Deine ganzen Ideen und Vorstellungen über Kiezstrukturen und politische Arbeit werden Dir plötzlich aus dem Hirn geblasen."

Seit knapp vier Monaten existiert das Galerie-Café Zigore unten im Haus. Ausstellungen wurden hier gezeigt, zuletzt eine Sammlung skandalträchtiger Schlagzeilen der Boulevard-Presse, eindrucksvolle Dokumente der täglichen Hirnwäsche im Großformat. Das Café war Informationszentrum und Treffpunkt nicht nur für Besetzer, ein Projekt des ganzen Hauses, von allen getragen, von einigen gemacht. Ein Projekt, um der Kriminalisierungskampagne und der Fluchtburg-Metapher etwas entgegenzusetzen, geboren aus der Idee, die „kriminellen" Energien positiv zu nutzen. Eine kriminelle Kunst-Burg.

daraus. "Wir hatten beides gleichzeitig, die Idee dazu einerseits und keine Arbeit andererseits".

"Wir wollen keine Kneipe machen, sondern v.a. ein Informationszentrum, wo man sich aufhalten, auch was essen kann, wo politische Infos gebündelt und weitergegeben werden". "Wir haben viele Leute aus dem Kiez angesprochen, Leute, mit denen wir gar nicht gerechnet hatten, keineswegs nur Besetzer". Gemacht wurde die Galerie von denjenigen im Haus, die arbeitslos sind. "Nicht nur arbeitslos, vielmehr Leute, die keine Arbeit kriegen können momentan, weil die Qualifikationen fehlen oder weil sie zu alt sind". Eine Art Arbeitsplatzbeschaffung? "Das ist vielleicht das falsche Wort, aber schon so ähnlich, ja". Das war nicht die Absicht, aber letztlich die Konsequenz

Presserechtlich verantwortlich:
Volker Härtig, Görlitzer Straße 74, 1000 Berlin 36
Hrsg.Fraktion der AL im Abgeordnetenhaus.